

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 140.

Donnerstag, den 18. Juni 1896.

7. Jahrgang.

Das bürgerliche Gesetzbuch

Soll also um jeden Preis noch im Laufe der nun zu Ende gehenden Tagung des Reichstages durchgepeitscht werden. Bergleisch sucht man nach Gründen, welche die geplante Durchpeitschung rechtfertigen könnten. Zu Anfang der laufenden Session erhoben sich bekanntlich, besonders aus dem nationalliberalen Lager, Stimmen, welche die Annahme des Entwurfs en bloc befürworteten. Da wurde an den „Patriotismus“ appelliert und in bombastischen Redewendungen geltend gemacht, die „nationale Ehre“ erheische solch eine Behandlung des „großen Werkes“. Ein englisches Blatt bemerkte damals, daß dieser Wortlaut darauf hinauslaufe, die vielgerühmte „deutsche Grundgesetzgebung“ gerade da außer parlamentarischen Kurs zu setzen, wo sie am nötigsten sei. Der Vorschlag war dem falschen „patriotischen“ Geiste entsprungen; seine Ausführung sollte, ohne Rücksicht auf die Interessen der Nation, das Reichsjubiläum verherrlichen helfen. Es kam nicht zu dieser parlamentarischen Comödie. Nach der ersten Lesung im Plenum gelangte der Entwurf an eine Commission, die sich vier Monate hindurch mit ihm beschäftigt hat. Zeigte sich schon bei den mehrtägigen Verhandlungen im Plenum ein außerordentlich tief und weit gehender Unterschied der Meinungen und der zu berücksichtigenden Interessen, so war dies noch weit mehr bei den Commissions-Beratungen der Fall. Man sagt, dieselben seien „sehr gründliche“ gewesen. In der That kann man der Commission das Zeugnis nicht versagen, daß sie innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit eine gewaltige Arbeit geleistet hat. Sie konnte in den von ihr abgehaltenen 52 Sitzungen schwerlich mehr leisten. Aber ihr angestrebter Fleiß, die bloße Thatfache, daß sie kaum die notwendigste Arbeit geleistet hat, rechtfertigt noch lange nicht das Lob der Gründlichkeit. An dieser hat es leider gerade bei einer Reihe der wichtigsten Punkte sowohl in der ersten, wie in der zweiten Commissions-Beratung gefehlt. Insbesondere hätten das Vereinswesen, der Arbeitsvertrag in Verbindung mit der Frage des Gewerkschaftswesens, sowie das Familienrecht und in diesem speciell Ehescheidung und Scheidung, die Rechte der Frau und der unehelichen Kinder eine weit gründlichere Erörterung, als ihnen zu Theil geworden, erfahren müssen, um Grundfragen der Vernunft und Gerechtigkeit die gebührende Geltung zu verschaffen. Die beiden Vertreter der socialdemokratischen Fraktion haben sich ja allerdings nach Kräften bemüht, eine solche Erörterung zu erzielen. Aber ihnen stand die Masse der ultramontanen, conservativen und nationalliberalen Politiker gegenüber, die nur gezwungen, widerwillig, all' die das berechtigste Interesse des arbeitenden Volkes betreffenden Fragen eingingen. Freilich, sie sowohl wie auch die Regierungsexponenten können zu ihrer Entschuldigung sehr wohl geltend machen, daß sie das Volk in seinem Denken und Fühlen nicht kennen, daß ihnen sein Rechtsbewußtsein fremd ist, ja, daß sie mit den tatsächlichen Verhältnissen, in denen die arbeitende Klasse lebt und strebt, entweder gar nicht, oder doch nur höchst mangelhaft vertraut sind. Wir mußten wahrnehmen, wie ihrer nicht Wenige sich keine klare und richtige Vorstellung vom Wesen des

Arbeitsvertrages zu machen vermochten; wie alle die üblen Vorurtheile gegen die arbeitende Klasse, die in den herrschenden Kreisen anzutreffen sind, das Urtheil und die Beschlüsse der Commissions-Majorität beeinflussten. Wir stehen unter dem unabwiesbaren Eindruck, daß diese Majorität weder fähig noch gewillt war, die oft vernommene Behauptung zu rechtfertigen, der Entwurf habe auch eine „social-reformatorsche“ Tendenz. Ihr und der Regierungsvertreter ablehnendes Verhalten zu den Bemerkungen der socialdemokratischen Mitglieder, eine Regelung all' der erwähnten wichtigen Fragen nach Maßgabe freier und gerechter Principien zu erzielen, kraft jene Behauptung lägen. Das, was unsere Genossen an Verbesserungen erreicht haben, steht in keinem Verhältnis zu dem, was, ihren energisch vertretenen Forderungen entsprechend, erreicht werden müßte, um sagen zu können, daß ein Fortschritt zur socialen Gerechtigkeit mit dem Gesetzbuch gemacht werde.

Umso mehr ist es Pflicht, eine unabwiesbare Pflicht der Vertreter unserer Partei, im Plenum bei der zweiten und dritten Beratung des Entwurfs ihren Standpunkt in ausgiebigster und entscheidender Weise zu wahren. Die Schmach wenigstens soll dem deutschen Namen erspart bleiben, daß ein das gesammte bürgerliche Recht umfassendes Gesetzbuch geschaffen wird, ohne daß die Rechte und Interessen der arbeitenden Klassen und des weiblichen Geschlechts eine ihrer Bedeutung genügende Geltendmachung und Vertheidigung erfahren hätten. Unbekümmert um das Drängen nach Erledigung des Entwurfs werden unsere Abgeordneten von der Freiheit der Rede und dem Rechte der Antragsstellung entsprechenden Gebrauch machen. Das ist nicht kleinliche Obstruktionspolitik, sondern eine Politik der gerechten Gründe, die weit hinausgeht über die Grenzen eines Parteiinteresses, die vielmehr Alles in Allem mit dem Volksinteresse sich deckt, ja, von diesem geradezu vorgeschrieben wird und deshalb unter allen Umständen gelübt werden muß. Nicht um den Versuch, das Zustandekommen des Gesetzbuches um jeden Preis zu verhindern, kann sich's für die socialdemokratische Fraktion handeln, sondern lediglich darum, Grundfragen der Gerechtigkeit mehr Anerkennung zu verschaffen, als Regierung und „staatserkaltende“ Parteien ihnen einzuräumen wollen. Wer mit uns das Bedürfnis hat, in dieser Richtung zu wirken, der kann nicht wünschen, daß die projectirte Durchpeitschung des Entwurfs gelingen möge. Vernünftige und sichhaltige Gründe für solch ein monströses Verfahren können von den Befürwortern desselben nicht geltend gemacht werden. Sie haben in der Commission recht wohl verrathen, daß sie für möglichst beschleunigte Erledigung nur deshalb sind, weil sie die öffentliche Kritik, besonders in der Frage der Rechte des weiblichen Geschlechts, fürchten; weil sie hauptsächlich auch der unabhängigen Wissenschaft keine Gelegenheit mehr geben möchten, ihren Einfluß zu Gunsten besserer und gerechter Bestimmungen auszuüben. Wenn aber das vielgerühmte „große Werk“, an welchem auserlesene Juristen viele Jahre hindurch sich abgemüht haben, so beschaffen ist, daß es die freie Kritik nicht vertragen kann, — dann ist damit ohne Weiteres seine Werthlosigkeit

erwiesen! Das ganze große Gebiet der wirtschaftlichen und socialen Interessen und Interessen-Gegensätze, dazu nicht unwichtige politische Interessen werden von dem Entwurf umfaßt. Und die große Masse des Volkes hat erst in den letzten Monaten angefangen, sich mit seinem Inhalte bekannt zu machen. Wenn aber irgendetwas das Volk berufen ist, durch Geltendmachung seiner Rechtsanschauungen mitzuwirken an der Gesetzgebung, dann ganz gewiß in diesem Falle, wo man ihm die Einheit im bürgerlichen Recht, das in alle Lebensverhältnisse eingreift, geben will. Da soll, da muß des Volkes Urtheil gebirt werden; aus seinem Rechtsbewußtsein heraus hat der Gesetzgeber das Gesetz zu construiren, wenn er nicht will, daß ein falsches und in sich selbst haltloses „Recht“ zu Stande kommt. Die beschleunigte Erledigung des Entwurfs, die parlamentarische Retirade vor der öffentlichen Kritik kann nämlich nur die Wirkung haben, das Volk mit wohl begründetem Mißtrauen gegen das „große nationale Werk“ zu erfüllen.

Hoffentlich bleibt es bei dem Versuche des Durchpeitschens. In allen Parteien regt sich der Widerstand dagegen, ist man unzufrieden mit dem Pakt, den ultramontane, nationalliberale und conservative Führer geschlossen haben, um die Erledigung des Entwurfs in zweiter und dritter Lesung binnen zehn bis vierzehn Tagen (!!) herbeizuführen. Nach unserer genauen Kenntniß der Sachlage wird ein nicht unerheblicher Theil des Centrums diesem Beginnen durch fern bleiben von den Sitzungen opponiren, wenn es den Führern nicht gelingen sollte, die Wiederstrebenden durch Hinweis auf die erhofften kirchenpolitischen Errungenschaften zur Theilnahme zu veranlassen. Die Führer verlassen sich dabei auf die Unterstützung der Bischöfe, die ja auch während der Commissionsverhandlungen hinter den Coulissen mitgearbeitet haben.

Der Aufruf des Bundes deutscher Frauenvereine

lautet wie folgt:
„Deutsche Frauen und deutsche Männer!
Werdet Euch der drohenden Gefahr bewußt, die zur Stunde über den wichtigsten Interessen der deutschen Familie schwebt.
In kürzester Zeit soll das bürgerliche Gesetzbuch von Euren Volksvertretern sanctionirt werden, dessen Familienrecht von Tausenden und aber Tausenden, darunter ersten Männern der Nation, als unwürdig, als unzeitgemäß, als kulturhemmend verworfen wird. Die deutsche Frau soll wiederum nach dem neuen Gesetze in der Ehe so gut wie unmündig dastehen, während sie als Unverheiratete vom 21. Jahre an selbstständig, verfügungsfähig, handlungsfähig gewesen ist.
Die deutsche Ehefrau soll zu jedem Rechtsgeschäfte, zu jeder Unterschrift, ja sogar zum Broterwerb für ihre Kinder der Zustimmung ihres Gatten bedürfen, deren weder die österröschischen, russischen, kardinischen, noch die englischen, amerikanischen u. Ehefrauen nach ihren Gesetzgebungen bedürfen. Die deutsche Ehefrau, die deutsche Mutter soll also quasi unter dauernder Bevormundung stehen!

Maschinen.

Roman von Conrad Alberti.

Heute hatte er wieder eine sehr interessante Unterhaltung für sie bereit: die Schwierigkeit, von den Bauern Honorare zu erhalten. Mit Einem processirte er bereits drei Jahre.
Dittie konnte seinen Thementreis ganz genau: dann kam das Schimpfen auf die Schärer und Streichfrauen — sie konnte es den Leuten nicht übel nehmen, wenn sie zu diesen Naturärzten mehr Vertrauen hatten, als zu seiner Kunst. Sie interessirte sich sehr für Medicin — hatte sie doch mit dem Vater heisse Kämpfe um die Erlaubniß geführt, in Zürich studiren zu dürfen, und nur sein unbeugsames „Nein“ hatte ihren Lieblingswunsch zertrümmert. Aber Gott sollte sie behüten, hier in Fichtenbrünn krank zu werden: die Recepte dieses Mannes verbürgten ihr sicheres Siechtum!... Ari blieb so lange und die Dunkelheit kroch von allen Enden heran. Der Mensch am anderen Ende des Tisches bekam etwas Kloßiges, unheimliches, und wenn er sich vorbeug, um zu ihr herüberzuschauen, war's ihr, als schwante er, wolle auf sie fallen und sie unter seiner Last begraben. Er hatte eine schleimige Stimme, die sich nur mühsam durch den verlebten Kehlkopf zu zwingen schien, und er sprach den unangenehmen Dialect seiner westpreussischen Heimath, mit keinem aberschlagernden Gaumentonnen, welche stets die Empfindung der Annäherung, des Andere-ärgern-wollens hervorriefen. Sie war glücklich, als die Qual ein Ende nahm, indem Ari erschien, und empfahl sich gleich.
„Wo hast Du denn so lange gesteckt, Mensch?“ fragte er.

„Ach! Eins von den Möbeln abfertigen müssen... Es ist langweilig... immer dieselbe Nummer... aber was soll man machen? Man darf sie nicht verwöhnen und ihnen den Tribut einfach erlassen, wenn sie was zu erbitten kommen. Sie glauben ja sonst, es muß sein.“
„Wer war's denn?“
„Ach... kennst sie kaum. Ganz unbedeutendes Ding. Schick sie Dir gelegentlich mal zu. Ruh erst geschmeidiger werden. Weint und jammert noch. Herjeißes! Stelhaft langweilig...“
In Pantoffeln und Nachjacke, ohne Strumpfbänder und Corset lag Dittie auf der Chaiselongue und las beim Schein ihrer niedrig breiten „Studierlampe“ Nietzsche's „Menschliches Allmenschliches“. So in vollster Bequemlichkeit Bildung treiben war ihre Wonne. Sie bemühte sich zwar, bisweilen aus den fließenden Quellen des Lebens selbst zu schöpfen; aber in der Regel war ihr das theils zu anstrengend, theils zu aufregend. Ihr Wunsch war es immer, selbst in den vollen Fluß hineinzutauchen, eigne Beobachtungen und Erfahrungen zu häufen: aber stets verlor sie sich in Einzelheiten, über denen ihr das ganze Bild entschwand und die Arbeit des Sehens, die starken Wellen des Lebens erschütterten sie so, drachten ihr Geist, Nerven, Körper derart in Aufruhr, daß sie Tage und Wochen zur Erholung brauchte. Das kleinste persönliche Erlebnis ging ihr furchtbar nahe. Darum zog sie, so sehr sie nach außen sich ihrer persönlichen Kenntnisse und Erfahrungen rühmte, für sich doch „gute“ Bücher vor — „gute“ solche nennend, die ihren Anschauungen von Welt und Leben nicht widersprachen. Alle Intimitäten, Extravaganzen, Verfehrheiten konnte sie nur aus Büchern oder Gesprächen — wie sie denn in Rega die Beziehungen ihrer Gesellschafterin zu dem Geliebten begünstigt hatte, um sie nachher regelmäßig über alle Einzelheiten zu

„interviewen“ und so die Liebe zu studiren. Nachher renommirte sie mit den Früchten ihrer Lectüre und ihrer Erquisten. Darum verschob sich und verbläste in ihrem Kopfe die Wirklichkeit, die sie im besten Falle von einer Seite kannte.
Eben las sie die Stelle, die von der Bestrafung des Verbrechens handelte, einem Lieblingsproblem Nietzsche's.
„Die meisten Verbrecher kommen zu ihren Strafen, wie die Weiber zu ihren Kindern. Sie haben zehn und hundertmal das Seibe gethan, ohne üble Folgen zu spüren: plötzlich kommt eine Entdeckung und hinter ihr die Strafe. Die Gewohnheit sollte doch die Schuld der That, bereutwegen der Verbrecher gestraft wird, entschuldbarer sein lassen; es ist ja ein Gang entstanden, dem schwer zu widerstehen ist... So wird Alles nicht nach dem Verbrechen bemessen, sondern nach der Gesellschafterin und deren Schanden und Gefahr...“
Wie schön das war, wie edel, wie vornehm!
Da klopfte es leise an der Thür, und mit krummem Ragenbuckel schlüpfte Anastasia herein, unter hundert Entschuldigungen fragend, ob man ihrer noch bedürfe, indes das magere Gesicht mit den grauen, spitzen Augen sich lächelte. Dittie dankte verneinend und fragte dann harmlos, ob ihr Papa schon auf seinem Zimmer sei. Verlegen sich abwendend ließ die Wirtschaftlerin allerhand gezeirte Lächer heraus, ließ alle Gesichtsmuskeln zucken, um dann plötzlich, die Schürze vorhaltend, ein lautes Schluchzen anzustimmen. Lange Zeit ließ sie sich keine klare Antwort abjuringen, erst nach endlosen Jammercoloraturen legte sie in Heulflühen, während Thränen über ihre Waden liefen: „Ach, gnädiges Fräulein... die heilige Jungfrau ist meine Heugun, wie lange ich mit mir gekämpft habe, aber ich kann das Stend nicht länger mit ansehen... so ein guter gnädiger Herr, für den ich täglich zehn Ave-Maria bete... und in den Lenden von so einer

Die deutsche Ehefrau soll nach dem Gesetze keinen Besitz, keine Nutznießung, keine Verwaltung ihres Eigenthums haben, außer durch Ausnahmeverträge, welche sowohl dem Wesen der Ehe, wie dem deutschen Volksempfinden widersprechen.

Diese Gesetzesnorm liefert im ungünstigsten Falle einem verschwenderrischen, einem gewaltthätigen, einem döswilligen Manne die Frau auf Gnade und Ungnade aus und kann zu einem unerhörten Zwangs mittel dienen, um eine unglückliche Frau sammt ihren Kindern in den unerträglichsten Verhältnissen festzubannen. Denn die Hilfe, welche das Gesetz für solche Fälle bietet, ist nicht nur durchaus unzulänglich, sondern ihre Anrufung bedeutet zudem die gänzliche Zerrüttung aller Familienbände.

Der deutschen Frau soll das Recht an ihren Kindern auch im künftigen Gesetze noch vorenthalten werden: es spricht von elterlicher Gewalt, die Ausübung dieser Gewalt aber nicht allein dem Vater zu; er allein verfügt und entscheidet über alle Lebens- und Erbschaftsfragen der Kinder. — Eogar die uneheliche Mutter hat keine elterliche Gewalt über ihr Kind, obwohl ihr allein die Sorge für das Kind anvertraut ist.

Diese beiden Factoren: Machtlosigkeit über ihr Vermögen, Machtlosigkeit über ihre Kinder sind aber die Unterpläne für die festgesetzte Hörigkeit der Frau. Denn kann die Frau bei persönlicher Abhängigkeit, wird sie um den Preis des Leidens ihrer Kinder ihre persönlichen Rechte bewahren wollen?

Der deutschen Ehe wird demnach durch die projectirte Gesetzgebung aufs Neue das Siegel eines Dienstbarkeits- und Vasallverhältnisses aufgedrückt. Sie drängt unser Volksleben weit zurück — heraus aus den Reihen derjenigen Culturvölker, welche aus den heiligsten und innigsten Beziehungen der Menschen Zwang und Gesetzesdruck ausmerzen, und die Freiheit als Bedingung der Sittlichkeit, die Gleichberechtigung als Voraussetzung dauernder Liebe, die Liebe als Basis der Familie anerkennen.

An hunderttausend Bürger des deutschen Reiches, nicht Frauen allein, auch die Vertreter von Wissenschaft, Kunst, Politik und praktischen Berufen haben in geschlüsselter Reihe Protest eingelegt gegen das Familienrecht im Entwurfe. Die Reichstagscommission ist, freilich in beschränkter Majorität, über den Reichstheil unserer Frauen, über das Gewicht der Namen von Männern, welche in der ganzen Welt mit Achtung und Ehrfurcht genannt werden, hinweggegangen, als wären sie bedeutungslos. Man glaubt, unserer Bewegung ihre Bedeutung rauben zu können unter dem Vorwande, die größere Masse der deutschen Frauen werde keine bessere Stellung — mit anderen Worten: sie verdiene sie nicht.

Dem gegenüber, Ihr Frauen Alle, wenn Ihr lebendige Unerblichkeit als eine Schwach für Euer Geschlecht begreift, — ob Euch auch vielleicht ein günstiges Geschick bevor harrt, habe die ganze Schwere jener Ketten zu empfinden, in die das Gesetz Euch schmiedet, — getraut Euch anderen Alle, die von ihnen wunden gerieben und zu Boden gedrückt werden, und erhebt es als eine süßliche Pflicht, für Euch und für Eure Stimme laut zu stehen und den Willen der deutschen Frauen zur Aenderung ihrer Lage zu beweisen!

Und Ihr gerecht denkenden deutschen Männer, die Ihr Söhne, Gatten, Väter seid, und Eure Mütter, Gattinnen und Töchter nicht geringer achtet, als fremde Nationen die ihre: erhebt Eure Stimmen für Menschenrecht und Würde deutscher Frauen!

Ihr alle Frauen und Männer Deutschlands, erhebt Euren Reichstag an seine Pflicht!

Zusammengerührungen bitten wir zu richten an Marija von A. 20. München, Maria Josefs-Str. 2 a.

Politische Rundschau.

Berlin, den 17. Juni 1896.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag begann heute seine Sitzung schon um 11 Uhr Vormittags und erledigte eine sehr reichhaltige Tagesordnung, bis nach sechshündigster Berathung die Constatirung der Beschlußfähigkeit des Hauses dem Verhandlungsleiter ein Ziel setzte. Zunächst wurde die Interpellation des Centrums betr. die Aufhebung des Jesuitengesetzes erledigt. Es kam dabei zu einer Scene, wie sie der Reichstag bisher noch nicht erlebt hat. Schuld daran war der bekannte antisemitische Komby, der Abg. Viebermann von Sonnenberg. Genosse Bebel hatte an dem Fürsten Bismarck eine scharfe Kritik geübt, wie er sie und andere Abgeordnete schon des Ofteren geübt haben. Er hatte damit jedenfalls nicht das Recht im Reichstage erlaubten Redefreiheit überschritten, zu einer Rüge Seitens des Präsidenten lag nicht der mindeste Anlaß vor. Die Person des Fürsten Bismarck ist noch nicht geheiligt. Die folgenden Redner Herr von Bennigsen und Graf Limburg-Stirum wandten sich auch nur gegen die Kritik Bebel's, was natürlich ihr gutes Recht war. Da kam der Abgeordnete Viebermann an die Reihe und beleidigte in der gröblichsten persönlichsten Weise den Vizepräsidenten Schmidt, der jetzt seit ein paar Tagen die Vertretung des Präsidenten von Suol übernommen hat. Im ganzen Hause gab sich gegen den antisemitischen Komby lebhafter Unwille kund. Herr Schmidt sprach einen Ordnungsruf aus und verwarf ihn, von den schärferen Disciplinarmitteln, die ihm die jüngst geänderte Geschäftsordnung an die Hand giebt, Gebrauch zu machen wohl einmal, weil er selbst der Beleidigte war, dann wohl auch, weil er als Mitglied der freisinnigen Volkspartei damals gegen die verächtlichsten Disciplinarmittel gestimmt hatte.

Die Haltung der Regierung dem Centrum gegenüber ist noch entgegenkommender geworden, es steht jetzt die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes in Aussicht. Ebenso steht noch die Erklärung des Herrn von Bismarck zum Antrag auf Erlass eines Reichs-Vereinseitengesetzes gab. Die Aufhebung des Verbots, daß politische Vereine nicht mehr mit einander in Verbindung treten dürfen, in Aussicht. Demerselben ist eine Aenderung des Abg. Jörn, von Stamm, in der er die Regierung zu schärferen gesetzlichen Bestimmungen im Vereins- und Versammlungsgesetz gegen die Socialdemokratie in Aussicht zu machen suchte. Die Frage, warum in der Bewegung gegenüber durch Entlassung des Oberpräsidenten die Socialdemokraten für politische Vereine erklärt worden sind, wurde von Herrn von Bennigsen, obwohl ihn unter Ermoge Weiser gestellt hat, wieder dilatorisch behandelt.

Die Nachtragssitzung für die Schenksteuer und das Depotgesetz wurden in 2. Sitzung angegangen. Die Gesamtabstimmung über die Gesamtsatzung konnte nicht vollzogen werden, weil der Anschlag nicht beschlüssig war. Ob unter diesen Umständen der Anschlag beschlüssig ist, wird erst nach der Sitzung entschieden. Die Regierung soll sich auch über mit diesem Gedanken verhalten gemacht haben. Es heißt, sie wolle dann nicht vertragen, sondern das Bürgerliche Gesetzbuch nach den Beschlüssen der Commission im Herbst vor dem Reichstag einbringen. Die nächsten Tage werden ebenfalls die Angelegenheiten bringen.

Zum Margarinegesetz hat die Vereinigung der deutschen Margarinefabrikanten eine energische Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der sie sich gegen die in erster Sitzung gefassten Beschlüsse wendet. Es wird darin mit Recht ausgeführt, daß das Verbot, so nur des Hütes von Margarine, nicht aber das der Butter verboten sein soll, offenbar bezweckt, dem Unternehmern der Gewinn der Margarinefabrikanten zu verfehlen. Weiter wird dann auf die Unbilligkeit hingewiesen, daß die Steuern der Exportzölle, diese doch, wie die Dörge liegen, die Hülsen über den Fabrikationsort der Margarine zu zahlen, ebenso wie die über den Verkauf der Regel nach zahlen müßten, die technische Frage entstehen können, ob eine Manipulation gegen das Verbot des Handels mit Butter oder von einer zum Verkauf geübte Dörrung hat. Zum Schluß wird bemerkt, daß das Verbot des Hütes von Butter und

Margarine in denselben Räumen das Aufkommen der großen Specialgeschäfte begünstigen, also gerade den „Mittelstand“ in schwerer Weise schädigen würde.

Da die Regierung dem Verbot und der Trennung der Verkaufsräume widerspricht, haben die Agrarier so ziemlich die Hoffnung auf einen für sie günstigen Ausgang verloren. Ohne das Verbot der Färbung ist das Gesetz so verfaßbar die „Correspondenz des Bundes“, für die Landwirtschaft werthlos. Da wäre nur zu wünschen, daß ihre Besinnungsfreunde gegen das Gesetz stimmten.

— Schulstatistische Erhebungen in Preußen sollen am 27. Juni d. J. ähnlich den im Jahre 1886 und 1891 vollzogenen Zählungen, stattfinden. Die Erhebungen sollen sich auf die allgemeinen Schulverhältnisse, eine Statistik des Bewegungsspiels an den Schulen, auf die öffentlichen und Privatschulen, deren Besuch und Lehrkräfte, auf das zur Gewährung des Stelkennehmens der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen vorhandene Vermögen, die zur Bestreitung der persönlichen Kosten der öffentlichen Schulen erforderlichen Aufwendungen, sowie die zur Bestreitung der sächlichen Kosten erforderlichen Aufwendungen erstrecken.

— Böse Beispiele verderben gute Sitten. Der Gewerkschaftscommission in Bremen ist wieder einmal ein Gewerkschaftsfest verboten worden, das in Lehe stattfinden sollte, weil durch den öffentlichen Anruf durch die Ortsstraßen von Lehe der freie Verkehr gefährdet erscheint und weil französische Vereine nicht beizuwohnen dürfen und weil das Sprenenbütteler Holz ein öffentlicher Vergnügungsort ist, zu welchem auch andere Personen, wie die Mitglieder und Gesinnungsgenossen der socialdemokratischen Gewerkschaften Zutritt haben und zu befürchten ist, daß Colliquitionen eintreten und daraus Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entsteht. So meint nämlich der königliche Landrath des Kreises Lehe, der in Preußen liegt.

Der Bund der Landwirthe will für seine Mitglieder ein Vereinsabzeichen einführen. Ein Circular an die Vertrauensmänner empfiehlt zu diesem Zweck eine Nadel aus legitimen Metall in harter Verbilligung, die ein Bild zeigt, auf dem ein Groß- und Kleingrundbesitzer sich unter der Devise: Das ganze Deutschland soll es sein, die Hand reichen. Der Vorstand des Bundes der Landwirthe hat mit einer Firma ein Abkommen der Art getroffen, daß bei dem Vertriebe der Nadel (zu 1 Mark) der Bundeskasse bei großem Abzuge ein Ueberfluß von 10,000 Mark und mehr übrig bleibt. Es kann um die Finanzen des Bundes nicht sonderlich bestellt sein, so bemerkt die „Vossische Zeitung“, wenn es ihm schon an dem nöthigen „Nadelgelde“ gebricht.

Die kleinen Mittelständigen schäbiger Parteigegnerschaft wenden, wie die „Freisinnige Zeitung“ berichtet, die Conservativen gegen ihre Gegner im Wahlkreis Emsenberger wieder einmal an. Einem Wirthe in Rabischau, der den Freisinnigen seinen Saal geben wollte, wurde die Erlaubnis zur Abhaltung einer Tanzmusik beim Kirchweihfest nicht erteilt. Und der Vorsitzende des Kriegervereins, der zugleich Mitglied der Steuereinschätzungscommission ist, äußerte bei einem Ausflug zu dem Wirthe: „Die 80 Mark, die Du von den Freisinnigen für den Saal erhalten hast, die wirst Du schon im nächsten Jahre in der Steuer erhöht werden. Nimme Dich in acht, daß Du nicht gar um Deine Concession kommst.“

Alles im Namen der Ordnung, Sitte und Religion.

— Alhwaldt befindet sich, wie sein ehemaliges Leibblatt schreibt, noch immer in Newyork, ohne an die Heimkehr oder an die Niederlegung seines Mandats zu denken. Nach den Berichten amerikanischer Zeitungen scheint es ihm nicht gut zu gehen. Die „Newyorker Staatszeitung“ berichtet, daß vor kurzem in Brooklyn eine öffentliche Versammlung stattfand, in der dem nicht anwesenden Alhwaldt der Vorwurf gemacht wurde, er verfolge seine Verhäslichkeit bei jütischen Psandleibern. O, wie bist du tief gesunken, edler Held Germaniens! —

... aber meine Schwestern, die ich nicht, eine ... aber meine Schwestern, die ich nicht, eine ... aber meine Schwestern, die ich nicht, eine ...

... nicht hinter den ... nicht hinter den ... nicht hinter den ...

Sie athmete lang und tief. „Armer — armer Papa!“ Unerbliches Mitleid überrieffelte sie. Lange wälzte sie sich entleitet zwischen ihren Rissen hin und her. Sie wußte, daß diese Nacht verloren war, die Erregung des Sehens, des Dehns zitterte noch sundenlang bis in alle ihre Muskeln nach. Dies Herzklopfen, dieser Schwindel endeten nicht so bald. Sie stand auf und nahm ein Pulver ihres alten Trösters: Chloral. Am nächsten Morgen, beim Lunch, fiel ihr auf, daß ihr Papa nie recht in's Auge sah, sondern den unruhigen Blick immer abwischen ließ. Sie hatte das schon oft bemerkt; aber nie beachtet. — Herrgott! dachte sie bei sich — am Gude mache ich mir aus Papa noch einen Irrten, und tadelte sich selbst. Später kam Anastasia noch einmal mit zitternder Stimme: sie habe zu ihrer Schulpflichten gesteht, die sei erschienen und habe sie gewarnt, nicht länger in einem Teufelskaufe zu bleiben, in dem unchristliche Dinge geschähen. Oth herrschte sie an, sich um ihr eigenes Seelenheil zu scheeren. Epistolen und Klaischen sei viel unchristlicher. Wenn ihr das Hans widerstrebe, weil's ihr d'rin zu wohl gehe, so könne sie ihren Poffter pocken. Anastasia wurde blaß und keirschte mit den Zähnen in sich hinein: jedenfalls werde das gnädige Fräulein sie doch nicht verhinbern wollen, für den Herrn zu beten, sagte sie spiz. „Wenn Sie sich auf das Beten beschränken — nein!“ erwiderte Ottilie. Ihre Gedanken waren schon ganz wo anders. Sie war fast stolz darauf, ein Geheimniß ihres Vaters zu wissen, das strenger, ersten Manne bis in den tiefsten, sorgfältig gehüteten Seelengrund zu sehen. Sie bemühte sich ihn nachzufühlen. Sie glaubte eine schwere und discrete Ausgabe vor sich zu haben, einen Aufbruch geradezu vom Schicksal.

Oesterreich-Ungarn.

Das oesterreichische Abgeordnetenhaus hat die Budgetvorlage unverändert in allen Besungen angenommen.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus verhandelte der Budgetausschuss über den Gesetzentwurf bezüglich der provisorischen Abänderung einiger Bestimmungen des Zuckersteuergesetzes.

Es wäre zum Wachen, wenn es nicht so fürchterlich traurig wäre, wie sich diese Staatsmänner im Dienste der herrschenden Klassen drehen und winden müssen.

Schweiz.

Die schweizerische Fabrikinspektion, die in drei Kreise eingeteilt ist und deren Personal aus ebensoviele Inspektoren und sechs Adjunkten und Assistenten besteht und die im verflossenen Jahre dem Bunde 59,797 Fr. kostete, hat für 1894/95 ihren Amtsbericht veröffentlicht.

Die schweizerische Fabrikinspektion, die in drei Kreise eingeteilt ist und deren Personal aus ebensoviele Inspektoren und sechs Adjunkten und Assistenten besteht und die im verflossenen Jahre dem Bunde 59,797 Fr. kostete, hat für 1894/95 ihren Amtsbericht veröffentlicht.

Die schweizerische Fabrikinspektion, die in drei Kreise eingeteilt ist und deren Personal aus ebensoviele Inspektoren und sechs Adjunkten und Assistenten besteht und die im verflossenen Jahre dem Bunde 59,797 Fr. kostete, hat für 1894/95 ihren Amtsbericht veröffentlicht.

bieser rentirenden Beamten nennen und sie so an den Pranger stellen, was nur zu wünschen ist. Bedauerlicher Weise sind die wegen Verletzung des Fabrikgesetzes verhängten Bußen noch immer gering; eine einzige betrug 150 Fres., eine andere 100 Fres., alle anderen weniger, trotzdem das Fabrikgesetz ein Maximum von 500 Fres. vorsieht.

Italien.

Das Arbeitsfeld auf socialökonomischem Gebiete ist für die italienische Regierung jetzt Sizilien. Die Vorschläge des Ministeriums zur Milderung der Nothlage in Sizilien, die Einsetzung eines besonderen Ministers für die Insel, die Aufhebung des Ausgangszolles auf die Produkte des dortigen Schwefelbergbaues werden von der Kammer, trotz des Widerstandes des Crispijnen Anhangs, ohne Zweifel genehmigt werden.

Dem „Esercito“ zu Folge verlautet, der König werde am Donnerstag ein Decret unterzeichnen, welches den Kriegszustand in Cythrea für beendet erklärt.

Belgien.

Da am 5. Juli die Kammer wählen stattfinden, so will die Repräsentantenkammer bis zum 19. d. Mts. ihre Arbeiten zum Abschluß bringen, damit auch die zur Neuwahl stehenden Volkvertreter — 66 Clerikale, 10 Liberale und 1 Socialist — für ihre Wiederwahl wirken können.

Diese geplante Erhöhung jener Unterstützung ist natürlich nur ein Wahlmanöver der Clerikalen, die den schlimmen Eindruck paralysiren wollen, welchen ihre Ablehnung der von den Socialisten beantragten Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im ganzen Lande hervorgerufen hat.

Arbeiterbewegung.

Zur Buchdruckerbewegung. In Bielefeld nahm eine stark besuchte Verbandssammlung einmüthig — bei 4 Stimmenthaltungen — eine Resolution an, in welcher die Tarifgemeinschaft, insbesondere die fünfjährige Dauer des Tarifs, abgelehnt und der Gehilfendirektor aufgefordert wird sein Mandat niederzulegen.

Die Frankfurter Buchdrucker sagten folgende Resolution: „Die heutige Versammlung des Bezirks Frankfurt erkennt die Resultate der Tarifverhandlungen an, soweit sie sich auf Arbeitszeitverkürzung und materielle Besserstellung beziehen, erblickt aber in der fünfjährigen Gültigkeitsdauer und langen Kündigungsfrist einen bedeutenden Nachtheil für die deutsche Collegenchaft und stellt deshalb beim Centralvorstand den Antrag auf Urabstimmung über diese Frage.“

In einer allgemeinen Versammlung der Mainzer Buchdrucker wurde am 14. Juni nach einem Referate des Herrn Dominé aus Frankfurt eine Resolution, welche die Tarifgemeinschaft verworfen, abgelehnt und mit Mehrheit folgende Resolution angenommen.

Die heutige Buchdruckerversammlung erkennt die Thätigkeit der Gehilfendirektor an, bedauert jedoch, daß trotz der großen Bemühungen derselben nicht mehr erreicht worden ist, verlangt aber jetzt auch von dem Prinzipalverein, daß derselbe Sorge trägt, daß seine Mitglieder den aus dessen Generalversammlung angenommenen Tarif unverzüglich einführen.

Der Straß in der Barchenfabrik von Bensberge in München dürfte bald beieigelt sein. Der Fabrikant braubt sich noch, den Volkerrinnen die verlangten Lohnaufbesserungen zu bewilligen.

Der Straß in der Barchenfabrik von Bensberge in München dürfte bald beieigelt sein. Der Fabrikant braubt sich noch, den Volkerrinnen die verlangten Lohnaufbesserungen zu bewilligen.

Der Münchener Böttcherzweig ist zwar beendet, doch sind noch 180 Gehilfen außer Arbeit. Obwohl die Meister in ihrer Zuversicht an die Streikenden versprochen haben, von Maßregelungen abzulassen, scheint es doch, daß ein Teil, namentlich der älteren Arbeiter, von den Meistern auf die schwarze Liste gesetzt worden ist.

Gerichtliches.

Die beleidigenden Ausdruckszeichen. Der hannoversche Reichsbürger wird gut thun, in Zukunft noch mehr als bisher die Feinheiten der Interpunction in Betracht zu ziehen, denn nach Ansicht des Staatsanwalts in Frankfurt a. M. können Ausdruckszeichen unter Umständen eine Beleidigung sein.

Das Landgericht Magdeburg hat am 18. März eine Anzahl von Angeklagten wegen Aufruhrs verurtheilt, darunter auch die Arbeiterfrau Louise Paul, geb. Köhl, zu sechs Monaten Gefängnis, weil sie sich in der Menge befunden mit dem Bewußtsein, daß diese gewaltthätigen Feiern gegen Beamte verübt.

Die schweizerische Fabrikinspektion, die in drei Kreise eingeteilt ist und deren Personal aus ebensoviele Inspektoren und sechs Adjunkten und Assistenten besteht und die im verflossenen Jahre dem Bunde 59,797 Fr. kostete, hat für 1894/95 ihren Amtsbericht veröffentlicht.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volksmacht“).

107 Sitzung am 17. Juni, Vorm. 11 Uhr.

Vizepräsident Schmitt eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Graf Hompesch. In derselben wird der Reichstanzler gefragt: 1. ist ein Beschluß des Bundesrats in Angelegenheit der Aufhebung des 2. aus welchen Gründen hat der Bundesrat die Entschließung über den Reichstagsbeschluß vom 20. Februar 1895 verweigert?

Der Reichstanzler erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Graf Hompesch (Centr.): Unsere Interpellation ist eine so erklärliche, natürliche, daß zu ihrer Begründung nur wenige Worte gehören. Ueber einen Beschluß des Bundesrats zu dem Reichstagsbeschluß vom Februar 1895 ist noch nicht das Mindeste bekannt geworden.

Reichstanzler Fürst Hohenlohe: Ein Beschluß des Bundesrats ist bisher noch nicht erfolgt. Der Bundesrat hat davon absehen zu können geglaubt, von Neuem zu der Frage Stellung zu nehmen, weil er noch kurz vorher die Frage einer eingeleiteten Verhandlung unterzogen hatte und einmüthig zu der Ueberzeugung gelangt war, daß er der Aufhebung des betreffenden Gesetzes nicht zustimmen könne.

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Es liegt eine Verfassungsfrage des Reichstages in dieser verdingelten Stellungnahme des Bundesrats...

Abg. Graf Limburg-Sturum (Dreif.): Im Interesse des religiösen Friedens ist eine völlige Aufhebung des Gesetzes nicht möglich...

Abg. Schall (Dreif.): Erklärt sich Namens des arderer Theils der Conservativen gegen die Aufhebung des Gesetzes gerade deshalb...

Abg. Riedert (Freil. Fg.) empfiehlt der Regierung die Aufhebung des § 2: das sei das geringste Zugeständnis...

Abg. Bebel (Soc.) tritt entschieden für Aufhebung des ganzen Gesetzes ein. Charakteristischer Weise habe seiner Zeit das Reich...

Abg. von Bennigsen (Centr.) stimmt dem Abg. Bebel, die Stellung Summe's in der Geschichte habe ich sehr hoch...

Abg. Graf von Sodenberg (Recht.) erklärt sich für die Aufhebung des Gesetzes...

Abg. Bebel (Soc.) über die Geschichte und die Zukunft der Arbeiter...

Abg. Graf von Sodenberg (Recht.) weiß darauf hin, dass die Arbeiter...

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antik.) will darauf hinweisen...

Vizepräsident Schmidt: Der Abg. von Liebermann hat die Würde des Hauses...

Abg. Bebel (Soc.): Wir ist es nie so vorgekommen, als ob Fürst Bismarck die Socialdemokratie jemals als ein harmloses Haus...

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antik.) erwidert, er habe mit dem harmlosen Haus nicht die Socialdemokratie gemeint...

Abg. Dr. Lieber (Centr.) ist den Abgg. v. Bennigsen und Grafen Limburg dankbar...

Es soll jetzt die dritte Beratung des Gesetzes über ein Reichsvereins- und Versammlungsgesetz folgen...

Abg. Singer (Soc.) fragt nach dem Grunde. Abg. Dr. Lieber (Centr.) bemerkt, den verbündeten Regierungen...

Abg. v. Lebedew (Dreif.): Lassen wir die Reihenfolge so wie sie ist...

Abg. Singer (Soc.): Diese Begründung des Vorredners läßt mich erst recht darauf bestehen...

In Folge dieser Erklärung wird der Antrag von Massow (Dreif.) abgelehnt...

Abg. Wasserbauer (Centr.) beantragt mit Unterstützung aller Parteien...

Abg. von Bennigsen (Centr.) erklärt, er habe keine allgemeine Forderung...

Abg. Riedert (Freil. Fg.) bedauert die Abwesenheit des Reichstages...

Abg. von Sodenberg (Recht.) erklärt sich für die Aufhebung des Gesetzes...

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antik.) will darauf hinweisen...

Abg. von Sodenberg (Recht.) erklärt sich für die Aufhebung des Gesetzes...

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antik.) will darauf hinweisen...

Abg. von Sodenberg (Recht.) erklärt sich für die Aufhebung des Gesetzes...

Es wird darauf das Schuttruppengesetz ohne wesentliche Debatte...

Die beiden Nachtragsetats werden ohne Debatte in dritter Beratung...

Das Depo Gesetzt wird in zweiter Beratung ohne wesentliche Debatte...

Abg. Wasserbauer (Centr.) beantragt als Referent der Geschäftsordnungskommission...

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Dreif.) meint, es liege kein Grund vor...

Das Haus ist beschlußfähig. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr...

Statistisches.

Aus den Berichten der preussischen Zuchthäuser veröffentlicht die amtliche Statistik folgende allgemeine Angaben...

In Europa bestanden am 31. December 1895 nach einer Zusammenstellung der Revue Scientifique insgesamt 25,875,530 Kilometer Bahnen...

Victoria-Theater. Director Müller. Festspiel neues Programm...

Bezugs-Quelle ersten Ranges. Sammelartikeln, Cassino, etc.

Medicine Köp-Caffee's. Auf 3 H. R. 2424 gestiftet...

Benno Neumann, Friedrich-Wilhelm-Str. 17. Verlagsbuchhandlung...

Herren- und Knaben-Garderobe. J. Schönfeld, Schmiedebücke 19. Kleiner Verdienst, Grosser Umsatz!

Öffentliche Sattler-Versammlung. Freitag, den 19. Juni 1896...

Sozialdemokratisches Liederbuch in Max Regels. Preis 30 Pf.

Jesus der Nazoräer. Schriften des neuen Testaments.

Die Entstehung des Christentums. Von Richard Stransky.

Südtiger Gelegenheitskaffee. neu neu und gebräunt guten Weizen...

Die Socialdemokratie. Eine juristisch-kritische Darstellung...

Die Geschichte des britischen Grade Unionismus. vollständig in 7 Lieferungen...

Die Socialdemokratische Reichstagsfraction. Ergebnis der Hauptwahlen 1893...

Locales.

Breslau, den 18. Juni 1896

Achtung, Parteigenossen!

Morgen Freitag, Abends 8 Uhr, findet im Kottowet'schen Saal, Lohestraße 100, eine öffentliche Versammlung statt, zu der alle Parteigenossen eingeladen werden.

Freisinnige Staatsweisheit.

Der Abgeordnete Prinz Hohenlohe, Sohn des gegenwärtigen Reichskanzlers, bekämpft den Regierungsvorschlag, betreffend das Verbot des Detailretens.

Über was auch gehe, darin hat Prinz Hohenlohe Recht, daß die Bevormundungssucht eine wahre Zeitkrankheit ist, und schließlich wird jene altpreussische Krankheit die Regierung wieder zur Geltung kommen, in der die Staatsmänner einer Wiederherstellung des Gemeinwesens befähigt, es sei das Beste, die Gewerbe ihrer natürlichen Entwicklung zu überlassen und keines besonders zu begünstigen.

Es ist nicht erst notwendig, zu betonen, daß wir die Bevormundung der Regierung in diesen Fragen, oder — um den Ausdruck des Fürsten Hohenlohe zu gebrauchen — die Bevormundungssucht derselben gütlich, aber die „Breslauer Zeitung“ sprach in den letzten Zeilen ein großes Wort gelassen aus, welches wieder einmal beweist, daß unsere politischen Gegner nichts gelernt haben.

Uns kann die Staatsweisheit des Freisinn nur recht sein. Je freier die Entwicklung stattfindet, je intensiver der Capitalismus „arbeiten“ kann, desto eher hat er sich abzumitteln, desto eher bricht die wirtschaftliche Generalkrise herein.

Und wenn die Bourgeoisie mit ihrem Latein zu Ende ist, wird die so gehäßte Socialdemokratie die Retterin der Menschheit sein!

Die „Schlesische Volkszeitung“ ist über den Bierbockst sehr entrüstet. Das edle Blatt meint, die Breslauer Brauereibesitzer sollen sich vereinen und diesem „Unrath“ ein Ende machen.

Die Gerichtsferien beginnen am 15. Juli und dauern bis zum 15. September. Während dieser Zeit werden Termine nur in Ferienstunden abgehalten.

der vom Miether in die Miethräume eingebrachten Gegenstände: ferner Wechseln, Kaufsachen, wenn es sich um die Fortsetzung eines angefangenen Baues handelt.

Ein Wort für die Locomotivführer. Zu den geplagtesten Menschenkindern in den heißen Sommermonaten gehören auch wohl die Locomotivführer.

Alarmierung der Feuerwehr. Am 17. d. Mts. Vormittags 10 Uhr 54 Minuten, wurde die Feuerwehr nach Schmittstraße 29 gerufen, wo in einer im zweiten Stock gelegene Räume ein Theil der Dichtung vor und hinter dem Ofen, in Folge mangelhafter Feuerungsanlage in Brand gerathen war.

Bezirk angetroffen wurde am 16. d. Mts. auf der Poststraße ein 5 Jahre alter Knabe und wurde von dem Zuschneider Haase, Reuschstraße 18, in vorläufige Pflege genommen.

Unfall mit tödtlichem Ausgang. Der Maurer Karl Jodowich, der am 16. d. Mts., Abends in dem Neubau, Michaelsstraße 4, bei dem Zusammenbruch eines etwa sieben Meter hohen Gerüsts, mit zwei Arbeitsgenossen abstürzte und schwere Verletzungen erlitt, ist in der Max-Klinik den Verletzungen erlegen.

Sturz aus einem Fenster. Am 16. d. Mts., Nachmittags, stürzte der 1 1/2 Jahre alte Sohn eines Arbeiters aus einem Fenster der im dritten Stock, Hubenstraße 74, gelegenen elterlichen Wohnung und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Beim Baden ertrunken. Der 20 Jahre alte Feilenhauergehilfe Gustav Thoms von der Klosterstraße 85/87, badete am 15. d. Mts., Nachmittags, in der Ober unweit Pischam und ertrank. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

Zugendliche Durchbrenner. Die Schulknaben August Wolk, 14 Jahre alt und Karl Beder, 13 Jahre alt, haben sich am 20. v. Mts. aus Bernstadt heimlich entzogen.

Diebstähle. Am 14. d. Mts., Vormittags, wurde in das Geschäft eines Kaufmanns auf der Michaelsstraße 6 ein Einbruch verübt, indem der Dieb die vom Hauptthur aus in den Laden führende Thür mittels Nachschlüssel öffnete.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 16. d. Mts. 55 Personen eingeliefert. Gestohlen wurden: Einer Bremserfrau auf der Borwerkstraße ein Kinderbettdecke.

Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 7. Juni bis 13. Juni 1896 fanden nach dem Wochenbericht des statistischen Amtes der Stadt Breslau 82 Eheschließungen statt.

Polizeiliche gemeldete Infectionskrankheiten. In der Woche vom 7. Juni bis 13. Juni 1896 wurden 402 Erkrankungsfälle gemeldet und zwar erkrankten an 1896 wurden: Cholera — Diphtheritis 20**, an Unterleibsruhr 2, an epidem. Genickstarre — an Wochenruhr 2.

Gewerbegericht. Der Streit um 50 Pfg. Die Arbeiterin Frau Tige war auf der Dampfsegelei der Firma Pflafer, Pragsheim u. Co. in Klein-Gandau, auf Record beschäftigt.

*) Darunter 1 Fall an Influenza. **) Darunter 1 Fall Scharlach-Diphtherie.

weil sie sich angeblich geweigert haben soll, einen zweiten Wagen mit Ziegeln zu beladen. Nach der Fabrikordnung, wie sie in den Akten der Segelei ausgehängt ist, sollte diese Ordnungsbehörde berechtigt sein.

Die Bauarbeiter Bökel und Lutz klagen gegen den Maurermeister Klar wegen einer Lohnentschädigung von 20 Mark. Belagter will von der ganzen Sache nichts wissen, da er die Arbeiter gar nicht angenommen habe, sondern sein Polier.

Breslau, 17. Juni. Landgericht, Strafkammer II. — Als Rabenmutter benahm sich die Herrschaft Frau Pauline Schwarzbach, geb. Glaser, gegen ihr aus erster Ehe stammendes, jetzt 6 jähriges Söhnchen Martha Remmer in den Monaten Februar und März d. J., indem sie das Kind auf das unarmbürgliche mitnahm.

Schlesien.

Strehlen. In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag wurde beschlossen, den 19. Juli einen Ausflug nach Ohlau zu unternehmen. Am Sonnabend wurde der 6 jährige Sohn eines hiesigen Genossen von einem Wolfenbunde gebissen.

Freiburg. Am Sonntag früh sollte hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung stattfinden, zu der Genosse Redacteur Schöck aus Breslau als Referent erschienen war.

Calbrius. Die Anliste derzeitigen 833 Kurgenossen und 595 Durchreisende, zusammen 1428 Personen.

Altwasser. Am Sonntag Nachmittag fand in Bärengrund eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Redacteur Schöck aus Breslau über die wirtschaftliche Lage und die arbeitende Bevölkerung referirte.

Waldenburg. Arbeiteristica. In der diesigen Krankenbank wurden als Verunglückte eingetragener der 20 jährige Bauarbeiter Facke und der 14 jährige Fabrikarbeiter Gabriel, beide aus Altwasser.

Der Holzarbeiterverband hat am diesigen Versammlungslocal „zum Stern“ hier selbst vorlesen, weil dem Genossen...

